

Realismus

Im realistischen Modell interagieren in der internationalen Politik egoistisch-zweckrationale Staaten unter den Bedingungen der Anarchie. Die Anarchie erzeugt eine existenzielle Unsicherheit, die die Staaten dazu zwingt, nach Macht zu streben. Durch die Interaktionsmechanismen des Sicherheitsdilemmas und des Machtgleichgewichts gelingt es den Staaten allerdings nicht, dauerhaft Sicherheit oder Überlegenheit zu erreichen. Frieden und Kooperation werden vor allem durch eine hohe Machtkonzentration (Polarität) im internationalen System begünstigt; nur ein Hegemon kann durch die Androhung oder Ausübung von Zwangsmacht für eine stabile internationale Ordnung sorgen. Außerdem hat die vorherrschende Militärtechnologie einen Einfluss. Die Kernhypothese des Realismus lautet daher:

Je höher die internationale Machtkonzentration ist und je mehr die verfügbare Technologie die Defensive gegenüber der Offensive stärkt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und internationaler Kooperation.

Die Machtkonkurrenz sorgt jedoch dafür, dass weder Hegemonie noch überlegene Defensivtechnologien von Dauer sind. Vielmehr verläuft die Entwicklung des internationalen Systems in Hegemoniezyklen. Zum einen sorgt das Sicherheitsdilemma dafür, dass selbst rein defensiv eingestellten Staaten der Ausstieg aus der Machtkonkurrenz nicht gelingen. Zum anderen sorgt das Machtgleichgewicht dafür, dass offensive Staaten daran scheitern, eine dauerhafte Vorrangstellung im System zu erreichen. Die realistische Theorie erklärt vor allem, warum in einem anarchischen internationalen System die Probleme der Unsicherheit, Ineffizienz und Unfreiheit auftreten und nicht dauerhaft und wirksam zu lösen sind.

- Staaten agieren egoistisch und zweckorientiert in einem anarchischen internationalen System.
- Machtstreben und Unsicherheit prägen die zwischenstaatlichen Beziehungen.
- Eine hohe Machtkonzentration und defensive Technologien begünstigen Frieden und Kooperation.
- Hegemonie und überlegene Defensivtechnologien sind jedoch nicht von Dauer.
- Realismus erklärt Probleme der Unsicherheit, Ineffizienz und Unfreiheit im internationalen System.

Krieg/Frieden: Der Realismus als Theorie betont die Bedeutung von Macht und Interessen im internationalen System und geht davon aus, dass Staaten in einem ständigen Konkurrenzkampf um Macht und Sicherheit stehen. In diesem Sinne kann der Realismus auch als eine Theorie des Krieges betrachtet werden, da er davon ausgeht, dass Kriege zwischen Staaten aufgrund von Interessenkonflikten und Machtkämpfen entstehen können. Hegemone verringern die Unsicherheit im Kriegshäufigkeit korreliert mit Hegemoniezyklen. Der Realismus bietet zwei plausible Erklärungen für den langen Frieden: die Bipolarität und die nukleare Abschreckung. Die nukleare Abschreckung kann besser erklären, warum wir tatsächlich einen Großmachtfrieden und nicht nur einen Rückgang der Großmachtkriege und -krisen beobachten können. Die Sowjetunion hat sich jedoch am Ende des Ost-West-Konflikts aus Sicht beider realistischer Erklärungsansätze zu friedlich und kooperativ verhalten.

NATO: Die Probleme des Realismus beginnen damit, dass die Theorie des Machtgleichgewichts bereits bei der Gründung der NATO auf eine Anomalie stößt. Entgegen der theoretischen Erwartung suchten die westeuropäischen Staaten eine Allianz mit dem mächtigsten Staat im internationalen System, anstatt dessen Überlegenheit durch ein Bündnis mit dem zweitmächtigsten Staat auszugleichen. Allgemein wirft die realistische Theorie mehr Rätsel auf, als sie zur Erklärung beiträgt. Die NATO ist ein Bündnis ohne Bedrohung, was für den Realismus ein Rätsel darstellt. Zudem kann der Realismus weder den Wandel von der alten zur neuen NATO noch die Varianz zwischen NATO und NATO-Partnerschaft erklären.

Welthandel: Die Bereitstellung und Aufrechterhaltung globaler öffentlicher Güter erfordern einen Hegemon mit Macht, um Regeln zu setzen und Trittbrettfahren zu verhindern. Der Hegemon profitiert wirtschaftlich von einer offenen Weltwirtschaft und kann andere Staaten zur Liberalisierung zwingen. Die Theorie der hegemonialen Stabilität erklärt die Anfänge der Weltwirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber nicht die weitere Entwicklung des GATT.

Menschenrechte: In Bezug auf den internationalen Menschenrechtsschutz argumentiert der Realismus, dass dieser hauptsächlich auf die liberale US-Hegemonie nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen ist. Das bedeutet, dass die USA als führende Macht in der Weltgemeinschaft den Schutz der Menschenrechte als Teil ihrer außenpolitischen Agenda vorangetrieben haben. Allerdings scheitert der Realismus daran zu erklären, warum sich regionale Unterschiede im Bereich des Menschenrechtsschutzes herausgebildet haben und warum es zu einer Verrechtlichung des Schutzes gekommen ist.

Institutionalismus

Die Akteure sind ebenfalls egoistisch-zweckrationale Staaten, sie streben aber nicht in erster Linie nach Macht, sondern nach (absoluten) Gewinnen. Der Institutionalismus behauptet, dass zwei Kernprobleme der Anarchie – Unsicherheit und Marktversagen – auch in Abwesenheit eines Weltstaats oder einer Hegemonialmacht bei hoher Interdependenz (= «wechselseitige Abhängigkeit», ein Staat ist bei der Verwirklichung seiner Ziele auf andere Staaten angewiesen ist) und mit Hilfe von Institutionen wirksam verringert werden können. Interdependenz verringert die militärische Bedrohung und erhöht den Kooperationsbedarf im internationalen System. Internationale Institutionen verringern die Betrugsmöglichkeiten und erhöhen damit die Kooperationswilligkeit der Staaten. Zusammen sorgen sie für mehr Frieden und Effizienz in der internationalen Politik und langfristig für eine Zivilisierung des internationalen Systems – wenn auch um den Preis eines demokratischen Defizits internationalen Regierens. Die Kernhypothese des Institutionalismus lautet: *Je stärker die zwischenstaatlichen Beziehungen interdependent und institutionalisiert sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und (weiterer oder vertiefter) internationaler Kooperation.*

- Interdependenz → erhöhter Kooperationsbedarf, Institutionen → erhöhte Kooperationsstabilität
- Internationale Interdependenz schwächt die von der internationalen Anarchie erzeugte Unsicherheit und Machtkonkurrenz ab und erzeugt einen erhöhten Kooperationsbedarf.
- Interdependenz und institutionalisierte Beziehungen fördern Kooperation und Frieden.
- Internationale Regime verringern die aus der internationalen Anarchie erwachsende Unsicherheit und Ineffizienz, indem sie Informationen liefern, Verhalten kontrollieren und damit den Staaten die Furcht vor Betrug und Übervorteilung nehmen.
- Staaten etablieren dezentrale internationale Institutionen, um in einem interdependenten System zum gegenseitigen Nutzen kooperieren zu können.
- In einem interdependenten und institutionalisierten internationalen System sind friedliche Konfliktregelung und effiziente Kooperation auch in Abwesenheit von Hierarchie und Hegemonie möglich

Krieg/Frieden: Institutionalismus und Transnationalismus haben Probleme mit der Entwicklung der Kriegshäufigkeit, weil sie für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen linearen Rückgang des Krieges erwarten lassen (durch die zunehmende Institutionalisierung). Er hat somit aber eine plausible Erklärung für den Rückgang der zwischenstaatlichen Kriege. Für die regionale Verteilung der Kriege liefert der Institutionalismus plausible Erklärungen: die an bewaffneten Konflikten reichen Regionen sind nicht nur schwächer institutionalisiert als die friedlicheren Regionen, sie weisen auch schwächere transnationale Netzwerke und weniger Demokratien auf.

Der Großmachtfrieden nach dem Zweiten Weltkrieg wird aus Sicht des Institutionalismus als Bestätigung der Thesen der "komplexen Interdependenz" betrachtet, insbesondere der Dysfunktionalität des Krieges und der stabilisierenden Wirkung internationaler Institutionen. Die Großmächte führen keine Kriege gegeneinander, da der Krieg gegen andere Großmächte kein zweckrationales Mittel mehr ist, um politische Ziele zu erreichen oder den Großmachtstatus zu erlangen oder zu behaupten.

NATO: Im Gegensatz zum Realismus nimmt der Institutionalismus nicht an, dass Allianzen nur angesichts massiver Machtungleichgewichte oder Bedrohungen zustande kommen und zerbrechen, sobald die Bedrohung verschwunden ist. Vielmehr können sie sich auch zur effizienten Bearbeitung anderer sicherheitspolitischer Probleme und Interdependenzen als nützlich erweisen. Die Mitglieder der NATO haben in kollektive Güter wie internationale militärische Entscheidungs- und Planungsstrukturen und die Interoperabilität der Streitkräfte investiert, die sie nicht einfach aufgeben werden, solange ihnen keine anderen Interessen entgegenstehen.

Welthandel: Der Institutionalismus wird genutzt, um die Entstehung und Entwicklung des Handelsregimes zu erklären. Er beschreibt den Mechanismus, wie anfängliche Interdependenz zur Etablierung internationaler Institutionen führt, die weitere Interdependenz schaffen oder ermöglichen. Der "institutionalistische Engelskreis" beschreibt diesen Mechanismus. Der Institutionalismus kann somit dazu beitragen, die Stabilität, Erweiterung und Stärkung des Regimes zu erklären.

Menschenrechte: In Bezug auf den internationalen Menschenrechtsschutz hat der Institutionalismus Schwierigkeiten zu erklären, warum es internationale Schutzregime gibt, da diese nicht auf zwischenstaatlicher Interdependenz basieren. Der Fokus des Institutionalismus auf Kosten-Nutzen-Kalkülen und Reziprozität kann den Schutz der Menschenrechte nicht vollständig erklären.

Transnationalismus

Dem Transnationalismus gemäß kann die transnationale Verflechtung einen Ausweg aus den Problemen der internationalen Anarchie weisen. Transnationale und transnational handelnde öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Akteure bilden grenzüberschreitende, nicht der (alleinigen) Kontrolle von Regierungen unterstehende, möglichst dichte und symmetrische Netzwerke, in denen allgemeines Vertrauen und diffuse Reziprozität gefördert und immaterielle und materielle Ressourcen getauscht werden. Damit verringern transnationale Netzwerke die Unsicherheit und Ineffizienz im internationalen System, und sie erbringen diese Leistungen zu weit geringeren Kosten für die Demokratie als internationale Regime und Organisationen. Die Kernhypothese des Transnationalismus lautet also:

Je dichter und symmetrischer die transnationale Verflechtung im internationalen System ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und internationaler Kooperation.

- Transnationale Netzwerke überwinden die Probleme der internationalen Anarchie (verringern Unsicherheit und Ineffizienz im System).
- Grenzüberschreitende Akteure tauschen Ressourcen und fördern Vertrauen und Reziprozität.
- Transnationale Netzwerke sind kostengünstiger als internationale Regime und Organisationen.
- Symmetrie und Dichte der Netzwerke fördern Frieden und Kooperation.
- Die Vertiefung transnationaler Interdependenz und das Wachstum transnationaler Netzwerke verstärken sich wechselseitig und einen positiven Rückkopplungsprozess in Gang, durch den das internationale System zunehmend „vergesellschaftet“ wird.

Krieg/Frieden: Der Rückgang zwischenstaatlicher Kriege kann aus Sicht des Transnationalismus auf die gestiegene transnationale Interdependenz und Vernetzung sowie auf die gewachsene Zahl demokratischer Staaten im internationalen System zurückgeführt werden. Allerdings lässt sich aus der gestiegenen transnationalen Interdependenz und Vernetzung nicht ableiten, warum die Zahl der Bürgerkriege zugenommen hat.

Frieden kann mit dieser Theorie nicht wirklich erklärt werden, da die Sowjetunion kein demokratischer Staat war. In transnationalistischer Perspektive war der ideelle Wandel in der sowjetischen Außenpolitik nicht zuletzt ein Ergebnis des Austausches zwischen sowjetischen und westlichen Wissenschaftlern und der Netzwerke, die sich im Laufe der Zeit zwischen ihnen gebildet hatten.

NATO: Im Zusammenhang mit der NATO kann der Transnationalismus auf die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Förderung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus verweisen. Der Transnationalismus betont auch die Bedeutung von grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationen zwischen Staaten, NGOs und anderen Akteuren für die Stabilität und Nachhaltigkeit internationaler Beziehungen.

Welthandel: Er beschreibt, wie transnationale Netzwerke dazu beitragen können, den Handel zu erleichtern und das Regime zu stärken. Transnationale Netzwerke können beispielsweise durch den Austausch von Informationen und Wissen zwischen Unternehmen und Regierungen dazu beitragen, Handelsbarrieren abzubauen und den Handel zu erleichtern.

Menschenrechte: Der Transnationalismus bezieht sich auf das Handeln transnationaler Menschenrechtsnetzwerke, die aus nationalen und transnationalen NGOs, Rechtsexperten, internationalen Organisationen und ihren Unterstützern in den staatlichen Bürokratien bestehen. Diese Netzwerke reflektieren regionale Menschenrechte und Identität sowie die Rolle von NGOs und Netzwerken im Bereich des internationalen Menschenrechtsschutzes. Der Fokus liegt also auf der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren jenseits von Regierungen und Staaten, um den Schutz der Menschenrechte zu fördern.

Liberalismus

Für den Liberalismus sind innerstaatliche Akteure, Ziele, Machtverhältnisse und Institutionen sowie die internationalen Struktur- und Präferenzkonstellationen, die sich aus ihnen ergeben, die zentralen Erklärungsfaktoren internationaler Politik. Treffen friedens- und kooperationsförderliche subsystemische Strukturen aufeinander, werden die Kernprobleme der Anarchie in der internationalen Politik wirksam bekämpft. Vor allem liberaldemokratischen Staaten schreibt der Liberalismus zu, untereinander Frieden und ein hohes Maß an Kooperation hervorzubringen. Ein hohes Maß an innerstaatlicher Freiheit garantieren diese Staaten ohnehin, und da wirksame internationale Kooperation nach Auffassung des Liberalismus auch ohne starke internationale Institutionen möglich ist, kann auch das demokratische Defizit internationalen Regierens umgangen werden. Die Kernhypothese des Liberalismus lautet daher:

Je weiter im internationalen System liberaldemokratische Staaten verbreitet sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und internationaler Kooperation.

- Innerstaatliche Akteure, Machtverhältnisse und Institutionen sind entscheidend in der internationalen Politik.
- Internationale Politik durch Konstellation subsystemischer (innerstaatlicher und innergesellschaftlicher) Strukturen geprägt → Außenpolitik ist eine Fortsetzung der Innenpolitik jenseits der staatlichen Grenzen.
- Treffen Staaten mit kompatiblen friedens- und kooperationsförderlichen Strukturen und gemeinsamen Zielen aufeinander, so resultiert daraus ein hohes Maß an Sicherheit und Kooperation. Somit: Friedens- und kooperationsförderliche Strukturen bekämpfen die Probleme der Anarchie.
- Liberaldemokratische Staaten bringen Frieden und Kooperation untereinander hervor.
- Bei der Stärke des Staates geht es nicht – wie im Realismus – um die Macht des Staates gegenüber anderen Staaten, sondern um seine Stärke gegenüber der Gesellschaft: Starke Staaten sind durch die Geschlossenheit und Zentralisierung des Staatsapparates charakterisiert. Schwache Staaten sind demgegenüber intern fragmentiert.
- Starke internationale Institutionen sind nicht unbedingt erforderlich (sofern die Ziele im Einklang sind).
- Demokratisierungswellen → Ausbreitung von Frieden und Kooperation.

Krieg/Frieden: Aus Sicht des Liberalismus kann der Frieden durch die Förderung von Demokratie und Freihandel erreicht werden, da diese dazu beitragen können, das Verständnis zwischen den Nationen zu verbessern und Konflikte zu vermeiden. Der Rückgang zwischenstaatlicher Kriege kann somit aus Sicht des Liberalismus auf die gestiegene Zahl demokratischer Staaten im internationalen System zurückgeführt werden. Er kann jedoch die steigende Anzahl Bürgerkriege erklären.

Aus liberaler Perspektive wurde das friedliche Ende des Ost-West-Konflikts dadurch begünstigt, dass die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow eine politische und wirtschaftliche Liberalisierung einleitete.

Wenn es in den internationalen Beziehungen ein empirisches Gesetz gibt, dann lautet es: „Demokratien führen keinen Krieg gegeneinander.“ (Demokratien führen aber Krieg gegen nicht-demokratische Staaten).

NATO: Im Zusammenhang mit der NATO kann der Liberalismus auf die Rolle von liberalen Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechten in der NATO-Partnerschaft verweisen. Die NATO-Mitglieder teilen diese Werte und betrachten sie als zentrale Grundlage für ihre Zusammenarbeit.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts trat die liberaldemokratische Sozialisation derjenigen Staaten und Regierungen in den Vordergrund, die aus der „Konkursmasse“ der sozialistischen Staatengemeinschaft im Osten Europas hervorgegangen waren. Zu diesem Zweck entwickelte die NATO die Partnerschaft.

Welthandel: Er erklärt, wie eine liberale Welthandelsordnung dazu beitragen kann, den Wohlstand zu steigern und Armut zu reduzieren. Der Liberalismus betont die Bedeutung von Marktkräften und Wettbewerb als treibende Kräfte für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung. Eine liberale Welthandelsordnung soll sicherstellen, dass Staaten dauerhaft darauf verpflichtet werden können, freien Handel über ihre Grenzen zuzulassen und auf Maßnahmen zum Schutz ihrer Wirtschaft zu verzichten. Der Liberalismus kann somit dazu beitragen, die Bedeutung von freiem Handel und offenen Märkten in der Entwicklung der Welthandelsordnung zu erklären.

Menschenrechte: Der Liberalismus die Existenz von Menschenrechtsregimen mit dem Interesse von liberalen Staaten an der Schaffung eines friedlichen Umfeldes und der internationalen Stabilisierung labiler Demokratien. Die regionalen Unterschiede spiegeln demnach die regionale Verteilung liberaldemokratischer Staaten wider. Der Liberalismus kann jedoch nicht vollständig erklären, warum sich internationale Menschenrechtsregime zunehmend verrechtlicht haben und über den Kreis der liberalen Staaten hinaus Mitglieder gefunden haben.

Konstruktivismus

Internationale Akteure handeln nach konstruktivistischer Auffassung entsprechend einer „Logik der Angemessenheit“ (normreguliertes oder rollenspezifisches Handeln). Anders als zweckrational handelnde Akteure fragen sie nicht danach, was sie unter den gegebenen Umständen tun können, um ihren Nutzen zu maximieren (sei dieser nun egoistisch oder gemeinnützig definiert), sondern danach, was sie tun müssen, um ihren normativen Verpflichtungen nachzukommen, moralischen Prinzipien Genüge zu tun oder gesellschaftlichen Regeln und Erwartungen zu entsprechen. Sie bewerten Handlungsoptionen nicht nach ihren Konsequenzen, sondern nach ihrer sozialen Konformität.

Der Konstruktivismus nimmt an, dass die Kernprobleme der internationalen Politik nicht so sehr eine Wirkung der anarchischen Ordnung des internationalen Systems an sich sind, sondern von der „Kultur der Anarchie“ abhängen. In internationalen Gemeinschaften, die auf gemeinsamen Ideen und einer positiven Identifikation der Mitglieder miteinander gründen, herrscht eine „Kultur der Freundschaft“, die Misstrauen und Betrug ausschließt und damit für Sicherheit und Wohlfahrt sorgt. Wenn es sich um eine liberaldemokratische internationale Gemeinschaft handelt, ist darüber hinaus auch für ein hohes Maß an Freiheit gesorgt. Die Kernhypothese des Konstruktivismus lautet:

Je größer die Übereinstimmung der Ideen von internationalen Akteuren und je stärker damit Gemeinschaft zwischen ihnen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und internationaler Kooperation.

- Kernprobleme der internationalen Politik hängen von der "Kultur der Anarchie" ab.
- Gemeinsame Ideen und positive Identifikation führen zu einer "Kultur der Freundschaft".
- Einerseits kann internationale Politik in einem Gemeinschaftskontext, also auf der Basis einer gemeinsamen Kultur, stattfinden. Gemeinschaft entschärft die problematischen Wirkungen der Anarchie. Wenn andererseits gegensätzliche Kulturen aufeinandertreffen, verschärfen sich die Anarchieprobleme.
- Gemeinschaft schließt Misstrauen und Betrug aus und sorgt für Sicherheit und Wohlfahrt.
- Eine liberaldemokratische internationale Gemeinschaft fördert zudem Freiheit.
- Übereinstimmung der Ideen und Gemeinschaft führen zu Frieden und Kooperation.

Krieg/Frieden: Der Konstruktivismus betont die Bedeutung von Ideen, Normen und Identitäten als Faktoren, die den Frieden fördern oder Konflikte auslösen können. Aus Sicht des Konstruktivismus kann der Frieden durch die Förderung von gemeinsamen Normen und Identitäten erreicht werden, da diese dazu beitragen können, das Verständnis zwischen den Nationen zu verbessern und Konflikte zu vermeiden. Der Konstruktivismus sieht Kriege als Ausdruck ideologischer oder kultureller Konflikte an. Die konstruktivistische Erklärung von Kriegen deckt sich jedoch weder mit dem zeitlichen Verlauf noch der geographischen Verteilung des Kriegsgeschehens dem Zweiten Weltkrieg. Aus konstruktivistischer Perspektive schließlich lässt sich das Verschwinden des zwischenstaatlichen Krieges auf dessen zunehmende internationale Ächtung zurückführen. Eigentlich sollten Demokratien keinen Krieg führen, jedoch gelten „Humanitäre“ Interventionen gegenüber menschenrechtsverletzenden Staaten in Demokratien als legitimer Kriegsgrund.

NATO: Im Zusammenhang mit der NATO kann der Konstruktivismus auf die Rolle von gemeinsamen Werten und Normen in der NATO-Partnerschaft verweisen. Die NATO-Mitglieder teilen gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, die ihre kollektive Identität als transatlantische Gemeinschaft des "Westens" prägen. Der Konstruktivismus betont auch die Bedeutung von sozialer Interaktion und Kommunikation für die Schaffung und Veränderung von sozialen Konstruktionen. Im Fall der NATO bedeutet dies, dass die internationale Sozialisation in die transatlantische Wertegemeinschaft dazu beigetragen hat, den Fortbestand der NATO zu fördern.

Aus liberal-konstruktivistischer Sicht war die Gründung der NATO dadurch motiviert, die gemeinsamen Werte und Normen gegen diejenigen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verteidigen. Die Bedrohung durch die Sowjetunion resultierte demnach nicht so sehr aus ihren militärischen Ressourcen als aus der sowjetischen Ideologie, für deren Durchsetzung sie eingesetzt wurden.

Welthandel: Er erklärt, wie konsensuale Ideen und Normen dazu beitragen können, das Verhalten von Staaten und anderen Akteuren im Handel zu beeinflussen. Der Konstruktivismus betont die Bedeutung von sozialen Konstruktionen und kulturellen Faktoren bei der Gestaltung der Welthandelsordnung. Eine liberale Welthandelsordnung kann somit durch gemeinsame Vorstellungen und geteilte Werte gestärkt werden. Der Konstruktivismus kann somit dazu beitragen, die Rolle von Ideen und Normen in der Entwicklung der Welthandelsordnung zu erklären.

Menschenrechte: Der Konstruktivismus den internationalen Menschenrechtsschutz auf kollektive Lernprozesse aus den Erfahrungen von Völkermord und Krieg zurück und schreibt regionale Unterschiede unterschiedlichen regionalen Gemeinschaften und Kulturen zu. Der Legitimationsdruck der Menschenrechte wird als Erklärung herangezogen.